Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

29.10.1864 (No. 255)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. Oktober.

Nr. 255.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

Wien, 27. Okt. (A. Ztg.) Die Ratifikation des Friedens wird in drei Wochen erwartet. Die letzte Differenz war der rückständige Kaufschilling für die Augustenburgischen Güter.

† **Wien**, 28. Okt. Die „Wiener Ztg." meldet heute amtlich: Graf Rechberg ist auf seine Bitte, unter Ernennung zum Ritter des Goldenen Vließes, entlassen und Graf Mensdorff-Pouilly zu seinem Nachfolger ernannt worden. Graf Rechberg wird noch den Friedensvertrag unterzeichnen.

Der „Generalkorresp." zufolge sind die Friedensverhandlungen heute geschlossen worden. Die Unterzeichnung des Friedens findet voraussichtlich am Sonntag statt.

Udine, 27. Okt. (A. Z.) Die Insurgenten bivouakirten zu Capodiponte und wollten Udine überfallen. Sie erhielten von ihren Führern Befehl, sich zu zerstreuen und die Waffen zu verbergen. Strenge Maßregeln an der Grenze und gegen die Emigrirten sind getroffen worden.

Kopenhagen, 27. Okt. (Fr. J.) „Flyveposten" melden: Die vorgestrige Staatsraths-Sitzung beeinflußte wesentlich den baldigsten Friedensabschluß; Leutnant Bluhme ging darauf mit Depeschen nach Wien; auch gestern war auf Wiener Depeschen eine Staatsraths-Sitzung.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Okt. (Die Wahlen in den Orts-Schulrath.) Seit unserem letzten Bericht vom 24. Oktbr. sind die offiziellen Angaben eingelaufen über weitere 101 giltige Wahlen (77 kathol., 21 evangel., 2 israel.). Hiernach sind nun im Ganzen 1266 Wahlen (799 kathol., 429 evangel. und 28 israel.) mit 48,478 Wählern gebildet worden. Einige weitere katholische Schulen sind hiebei einstweilen noch nicht eingerechnet, weil die Zahl der Wahlberechtigten nicht zugleich angegeben war.

Scheiden wir wiederum die neuen 2 städtischen Wahlen (Breisach, kathol. Schule 82 Wähler, Villingen, kathol. Schule 59 Wähler) von den kleineren Orten ab und den 51 in unserem letzten Bericht genannten (32 kathol. und 19 evangel.) Schulen in Städten mit 2000 und mehr Einwohnern zu, so ergibt sich für die Orte mit unter 2000 Einwohnern zur Zeit folgendes Resultat ihrer verhältnißmäßigen Betheiligung:

775 kath. Schulen	mit 87,437 Wahlberecht.	u. 25,231	od. fast 30%	Wähl.
410 evang. „	„ 47,400 „	„ 19,238	„ üb. 40%	„
28 israel. „	„ 1,246 „	„ 639	„ „ 51%	„
im Ganzen 1213 Schulen	mit 136,083 Wahlber.	und 45,108	od. üb. 33%	Wähl.

Die im Ganzen als giltig vollzogen angemeldeten 1266 Wahlen enthalten nun schon eine ziemliche Anzahl aus dem letzten Dritttheil aller Orts-Schulraths-Wahlen.

× **Frankfurt**, 27. Okt. Die heutige Bundestags-Sitzung war ohne alles Interesse. Es kamen in derselben — nach Erledigung von Privateingaben — nur Ernennungen zur Anzeige, welche bereits durch die Zeitungen bekannt geworden sind. Preußen zeigte die Ernennung des Prinzen Karl zum Gouverneur, und des Prinzen Woldemar von Schleswig-Holstein-Augustenburg zum Vizegouverneur der Bundesfestung Mainz, und des Generalleutnants v. Voigts-Rhetz zum Oberkommandanten der Bundesgarnison in Frankfurt; Oesterreich die Ernennung des Generalmajors Schulz zum Kommandanten von Rastatt an. — Bayern war für Württemberg substituirt. — Die oldenburgische Begründungsschrift wird in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. — Graf Reculot, der neue französische Bundestags-Gesandte, ist heute dahier eingetroffen.

⊙ **Stuttgart**, 27. Okt. In allen Ministerien herrscht dermalen große Thätigkeit, um die letzten Vorarbeiten für den Landtag zu vollenden, der für den Monat Oktober in Aussicht genommen war, nachher auf Anfang, Mitte und Ende November verschoben wurde, und wohl schwerlich vor Anfang oder Mitte Dezember zusammentreten wird. Länger läßt er sich nicht hinausschieben, da die provisorische Steuerverwilligung nur bis Ende Dezember reicht. Zwar ist es seit Jahren so gewesen, daß die Berufung der Stände jedesmal gegen die anfänglichen Intentionen verschoben werden mußte, was zum Theil an der Schwerfälligkeit und Langwierigkeit der ständischen Kommissionsvorberathungen liegt; möchten aber auch die Kommissionen mit allen ihren Arbeiten fertig sein (die Finanzkommission hat noch mehrere Wochen zu thun, die staatsrechtliche tritt erst am 3. November zusammen und die volkswirthschaftliche kann erst nach Beendigung der Arbeiten der Finanzkommission zusammentreten), so läge diesmal doch noch ein anderer gewichtiger Grund vor, die Berufung der auf unbestimmte Zeit vertagten Kammern noch zu verschieben, nämlich die vor kurzem erst erfolgte Aenderung des Ministeriums. Der Herr Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Varnbüler, hat erst vor einigen Tagen vom Finanzdepartement die Verwaltung der Verkehrsanstalten übernommen und hat nun somit auch den Eisenbahn-Bau in seinem Ressort. Nun ist aber Frhr. v. Varnbüler ganz anderer Ansicht in Betreff des Eisenbahn-Baues als sein Vorgänger v. Sigel, und will solchen mit mehr Energie und in größerem Umfang betreiben, daher er zu dem noch von Staatsrath v. Sigel eingebrachten Eisenbahnbau-Gesetzentwurf einen Nachtrag bearbeitet, der noch vorgelegt werden muß, ehe die volkswirthschaftliche Kommission ihre Berathungen über den Eisenbahn-Bau beginnen kann. Auch andere Ministerien, in denen ein Wechsel vorgekommen, werden Nachträge zu ihren Etats einzubringen haben, namentlich das Finanzministerium wegen verschiedener Staatsbauten.

Der Kaiser von Rußland wird auf nächsten Sonntag zum Besuch am hiesigen Hof erwartet, und wird einige Tage hier verweilen, auch einem russisch-griechischen Gottesdienst hier anwohnen, bevor er nach Berlin und St. Petersburg weiter reist.

JJ. MM. der König und die Königin, welche letzten Freitag und Samstag die Städte Heilbronn und Hall, sowie die dazwischen liegenden Stationen besucht haben, werden am 10., 11. und 12. Nov. ihre Reise durch die verschiedenen Landestheile fortsetzen. Diesmal kommt Reutlingen, Tübingen und Rottenburg an die Reihe, und wird bei dieser Gelegenheit die am 1. Nov. zur Eröffnung kommende Strecke der Ober-Neckarbahn von Rottenburg bis Eyach erstmals von Ihren Königlichen Majestäten befahren werden.

München, 27. Okt. Der „Allg. Ztg." wird geschrieben, daß die Unterhandlungen mit Hrn. v. d. Pfordten, die Hrn. v. Neumayr anvertraut wurden, in der Hauptsache glücklich waren, so daß man der Ernennung durch die Krone entgegensieht.

Wiesbaden, 25. Okt. (Fr. J.) Die auf gestern nach St. Goarshausen berufene Versammlung der liberalen Partei wurde polizeilich untersagt. Die Anwesenden, etwa 300 an der Zahl, begaben sich hierauf auf dem berühmten „Weinschiff" nach St. Goar. Die dortige Polizeibehörde war bereits von nassauischer Seite um Aufhebung der Versammlung requirirt worden, erwiederte aber: „Die Stadt St. Goar mache sich eine Ehre aus solchem Besuch." Später begrüßte der Bürgermeister von St. Goar die „Vertriebenen" an Bord des „Weinschiffs".

Kassel, 25. Okt. (Fr. P.-Ztg.) Aus der Ständekammer ist für heute wirklich Erhebliches nicht zu berichten. Bei Eröffnung der Sitzung verkündigte das Präsidium eine Anzahl bei ihm eingereichter Interpellationen an den Regierungskommissär, darunter allein drei von dem Abg. Falkenheiner. Derselbe will u. A. wissen, was, so lange die Todesstrafe in Kurhessen noch gesetzlich bestehe und zur Anwendung gebracht werde, der Beschränkung der Oeffentlichkeit bei Vollziehung derselben entgegenstehe? Eine Begründung des letzthin gemeldeten Jungermann'schen Antrags, welche man allgemein für heute erwartete, ist nicht erfolgt. Die Tagesordnung selbst führte zur Fortsetzung der Berathung des Etats der Rechtspflege, und zwar zunächst zu den Besoldungen der Beamten der Stadtgerichte und der Justizämter, für welche gegenwärtig 4800 Thlr. mehr als das vorige Mal gefordert werden. Darüber entspann sich eine sehr lebhafte Debatte, besonders in Betreff von zwei neukreirten Assessorenstellen, obgleich die Genehmigung derselben vom berichtenden Ausschuß befürwortet war. Die Bemerkung des Landtags-Kommissärs, daß die Besetzung der beiden Stellen schon vorgenommen sei, goß Oel in's Feuer; denn man glaubte darin eine Geringschätzung des ständischen Bewilligungsrechts zu erblicken. Hauptsächlich waren es die Abgg. Oetker II., Trabert, Herrlein und Hellwig, welche bei diesem Punkt die Wortführer der Opposition abgaben und zur Ablehnung der Regierungsproposition mit einer Mehrheit von neun Stimmen führten. Bei einem andern Posten desselben Etats ließ sich der Abg. Herrlein so weit gehen, daß der Landtags-Kommissär einen Ordnungsruf gegen ihn beantragte, was aber durch eine weitere Erklärung seine Erledigung fand. Der verlangte Mehrbetrag von 2000 Thlrn. wurde indessen bewilligt. Auch die Forderung eines Gehaltes für einen siebenten Staatsprokurator wurde trotz der Beanstandung von mehreren Seiten bei der Abstimmung zugestanden.

Kassel, 26. Okt. Die „Kassel. Ztg." erklärt die Nachrichten über eine neue Ministerkrisis in Kassel für erfunden.

Ratzeburg. (E.-Z.) Am 22. d. M. lehnte die Ritter- und Landschaft es ab, daß der lauenburgische Landzoll gegen eine von dem Kontributionsstande des Landes jährlich aufzubringende Summe von 8000 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. L.-M. abgelöst werde, und zwar mit besonderer Rücksicht darauf, daß Lauenburg sich in kürzester Zeit genöthigt sehen würde, sich dem Zollverein anschließen zu müssen. — Von Seiten der Landesvertretung scheinen keine Schritte gethan zu sein, um die Forderungen Lauenburgs an Dänemark, namentlich die hinsichtlich des 1857 abgelösten Transitzolls, zur Geltung zu bringen.

◈ **Berlin**, 27. Okt. Gestern Abend hat Ihre Kais. Hoh. die Frau Großfürstin Marie von Rußland Berlin wieder verlassen, um ihre Reise nach St. Petersburg fortzusetzen. — Heute früh ist der k. russische Vizekanzler Fürst Gortschakoff hier eingetroffen. Derselbe hat im Hotel Royal Wohnung genommen. — Auf dem Kölner Schnellzug sind heute Morgen JJ. KK. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin mit dem jüngsten Prinzen von Potsdam nach der Schweiz abgereist. Die hohen Herrschaften, welche sich zu einem mehrwöchentlichen Aufenthalt nach La Faraz am Genfer See begeben, nehmen ihren Weg dorthin über Koblenz, Darmstadt und Karlsruhe. — Wie heute mit Bestimmtheit verlautet, wird der Ministerpräsident v. Bismarck am Samstag aus Frankreich in Berlin wieder eintreffen. — Der bisherige Kommandant der Bundesfestung Mainz, Generalleutnant v. Oelrichs, ist zum „Offizier von der Armee" ernannt worden. Bekanntlich wird diese Stellung aktiven Generalen, die gerade kein Kommando haben, bis zu ihrer Berufung zu andern Posten verliehen.

Berlin, 27. Okt. (W. K.-B.) Nach Briefen aus St. Petersburg ist die sogenannte Constantin'sche Partei in der polnischen Angelegenheit unterlegen, und es würden die politischen Reformen erst nach der sozialen Umgestaltung Polens zu erwarten sein. Die russische Regierung traue weder der weißen, noch der rothen Partei in Polen. Es zirkuliren Gerüchte von der Entlassung des Unterrichtsministers. Die Reise des Hrn. v. Stieglitz in's Ausland soll nicht mit Finanzoperationen zusammenhängen. Das Verbleiben des Finanzministers sei zweifelhaft. Die angeordnete Rekrutirung sei nur durch entsprechende frühere Entlassungen bedingt und ohne alle politische Bedeutung.

Danzig, 25. Okt. Das „Dampfboot" meldet: „Das Uebungsgeschwader (Fregatte „Niobe", Briggs „Rover" und „Musquito") wird morgen unter Segel gehen und hat Ordre, zunächst sich in Kiel vor Anker zu legen."

Wien, 25. Okt. (Fr. P.-Ztg.) Es ist in der letzten Zeit öfter von einer nach Paris gerichteten entgegenkommenden Depesche Oesterreichs die Rede gewesen, und ihre Existenz überhaupt hier und da bezweifelt oder geläugnet worden; ich glaube zu wissen, daß diese Depesche existirt und das Datum vom 12. Oktbr. trägt. — Um 2 Uhr tritt unter dem persönlichen Vorsitz des Kaisers der Ministerrath zu einer Sitzung von voraussichtlich nach mehr als einer Richtung hin entscheidender Bedeutung zusammen.

†† **Wien**, 27. Okt. Die Entlassung des Grafen Rechberg als Minister des Auswärtigen und die Berufung des bisherigen Gouverneurs von Galizien, Grafen Mensdorff-Pouilly, bildet begreiflich das Interesse des Tages und läßt selbst die Thatsache, daß übermorgen das heute paraphirte Friedensinstrument unterzeichnet werden wird, in den Hintergrund treten. Der Kaiser scheint längere Zeit geschwankt zu haben, ob die Entlassung des Grafen anzunehmen sei oder nicht; erst gestern Abend ist, dem Vernehmen nach, die definitive Entscheidung erfolgt, und seit heute Morgen sieht man bereits im Hotel des Auswärtigen die Vorkehrungen, welche einer Uebersiedelung unmittelbar vorher zu gehen pflegen. Im Uebrigen wird man zur Zeit kaum noch etwas Anderes sagen können, als daß wir sehr wahrscheinlich an einer entscheidenden Wendung der österreichischen Politik stehen, einer Wendung, die uns aller Voraussicht nach weder Rußland, noch auch Preußen näher führt, und unter diesen Umständen gewinnen die Verhandlungen mit Frankreich, welche der abgetretene Minister bereits eingeleitet hat und sein Nachfolger gewiß nicht abbrechen wird, eine noch weiter greifende Bedeutung. Ganz so hingebend, wie französische Quellen glauben machen wollten, lauten die Aeußerungen Oesterreichs übrigens bisher nicht; und wir glauben namentlich mit Bestimmtheit versichern zu können, daß die mehrgenannte österreichische Depesche vom 12. Okt. einerseits dem Papst ausdrücklich das Recht vindizirt, eintretenden Falls den Beistand der katholischen Mächte anzurufen und andererseits die katholischen Mächte eben so ausdrücklich für berechtigt erklärt ihm, ihren Beistand zu leihen.

Italien.

Turin, 24. Okt. Schluß der dem Parlament vorgelegten, die September-Konvention betreffenden Aktenstücke.

2) Ritter Visconti Venosta, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, an Ritter Nigra, Minister Italiens in Paris.

Turin, 17. Juni 1864.

Herr Minister! Frhr. v. Malaret ist gekommen, um mir eine Depesche vorzulesen, durch welche Se. Exc. Hr. Drouyn de Lhuys auf die verschiedenen Mittheilungen antwortet, die Sie ihm in meinem Namen über die römische Frage gemacht haben.

In dieser Depesche erkennt der kaiserl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, daß die Regierung des Königs alle Anstrengungen gemacht hat, um die Gemüther zu beschwichtigen und die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Indem Hr. Drouyn de Lhuys unseren Absichten Gerechtigkeit widerfahren läßt, erklärt er, die französische Regierung wünsche ihrerseits auch sehnlichst eine Annäherung zwischen der Regierung des Königs und dem Hofe von Rom, und daß er mit allen seinen Wünschen den Augenblick herbeirufe, in dem die Verhältnisse die Räumung des römischen Gebiets durch die französischen Truppen gestatten werden, ohne Beeinträchtigung der Interessen, deren Wahrung Frankreich zur Aufgabe gehabt hat.

Er fügt hinzu, die Ehre der französischen Regierung sei eingesetzt, die Besetzung so lange fortdauern zu lassen, als die Sicherheit des heil. Vaters nicht genügende Bürgschaften erhalten haben wird. Doch macht Se. Exc. mit Recht darauf aufmerksam, daß meine früheren Depeschen keinerlei ausdrücklichen Vorschlag enthalten, und er schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung stets geneigt sein werde, die Mittheilung der Vorschläge anzuhören, welche nach seiner Meinung geeignet wären, die große Aufgabe der Beziehungen des heil. Stuhls zum übrigen Italien zu lösen.

Ich habe mich beeilt, Hrn. v. Malaret für seine Mittheilung zu danken, und ich benütze die Gegenwart des Marchese Pepoli in Paris, um ihn zu bitten, seine Anstrengungen mit den Ihrigen zu vereinigen und mündlich die Anträge zu vervollständigen, welche die Regierung des Königs der kaiserl. Regierung zukommen zu lassen wünscht.

In meiner Depesche vom 9. Juli 1863 habe ich als Grundlage der zu erzielenden Verständigung die Anwendung des Grundsatzes der Nichteinmischung auf das römische Gebiet wie auf das übrige Italien bezeichnet. Die Aufrechthaltung der Nichteinmischung ist in der That einer der politischen Grundsätze, welche Italien wie Frankreich gemeinschaftlich sind; dieser Grundsatz kann um so besser zum Ausgangspunkt dieser heiklichen Unterhandlungen gewählt werden, als einerseits der Kaiser in seinem Briefe an Hrn. Thouvenel, auf der andern Seite Graf Cavour dessen Anwendbarkeit auf das römische Gebiet anerkannt haben.

Indem wir die Abberufung der französischen Truppen zum Hauptgegenstand des Vergleichs machen, über welchen wir verhandeln, gehorchen wir keinerlei ehrgeizigen oder interessirten Rücksichten (préoccupations). Wie ich bei verschiedenen Gelegenheiten zu erklären die Ehre gehabt, Italien sieht noch immer in einer Uebereinstimmung mit dem heil. Stuhl das beste Mittel, den Bestrebungen der Nation zu genügen. Diese Uebereinstimmung, welche der hohe Zweck der Politik des Kaisers gewesen ist, und für welchen Frankreich kein Opfer gescheut hat, sind wir entschlossen, zu verfolgen, und wir haben noch nicht die Hoffnung aufgegeben, sie zu erreichen. Wir sind auch bereit, dem heil. Stuhl die nöthigen Bürgschaften zu gewähren, damit er, sich in die Bedingungen der Stille und Ruhe (calme et tranquillité) versetzt sehend, welche für die Würde und Unabhängigkeit seiner Berathungen unerläßlich sind, mit Hilfe der Zeit und der Umstände dieser Idee der Versöhnung zugänglicher werde, welche anzurufen wir niemals aufgehört haben.

Diese Bürgschaften müssen meiner Meinung nach in der Verpflichtung bestehen, welche die Regierung des Königs einzugehen bereit ist, das römische Gebiet nicht anzugreifen, noch zu gestatten, daß es angegriffen werde, weder durch eine regelmäßige, noch durch eine unregelmäßige Armee; außerdem in dem Versprechen, keine Einsprüche zu erheben gegen die Bildung einer regelmäßigen Armee, unter der Bedinung jedoch, daß dieselbe von der römischen Regierung zu einem ausschließlich defensiven Zweck organisirt wird.

Um endlich noch besser darzuthun, daß eine direkte Uebereinstimmung mit dem heil. Stuhl in unsern Augen stets das beste Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist, würde die italienische Regierung sich verpflichten, sich wegen Uebernahme eines verhältnißmäßigen Antheils der auf die dem Königreich Italien annektirten Provinzen kommenden Staatsschuld des ehemaligen Kirchenstaats zu verständigen (entrer en arrangement).

Indem ich Ihnen diese summarischen Betrachtungen auseinandersetze, spreche ich fast wörtlich den Inhalt des Artikels aus, dessen Text Sie hier beigeschlossen finden und auf welchen Sie die Aufmerksamkeit Sr. Exc. des kais. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten lenken wollen. Die Vorschläge, welche sie enthalten, sind übrigens schon von Sr. Maj. dem Kaiser und von dessen Regierung gekannt. Wie Sie wissen, bildeten dieselben bereits die Grundlage der vertraulichen Unterhandlungen, welche der Graf Cavour kurze Zeit vor seinem Tode begonnen hatte. Die Ereignisse dieser letzten Jahre haben unserer Ansicht nach die Nothwendigkeit und Zeitgemäßheit dieser Grundlage eines Vergleiches noch klarer gemacht. Die Besetzung Roms durch die französischen Truppen hatte nach den feierlichen Erklärungen des Kaisers und seiner Minister zum Zweck, eine Annäherung zwischen Italien und dem römischen Hofe herbeizuführen. Da dieser Zweck bis jetzt nicht erreicht werden konnte, handelt es sich darum, die Bürgschaften, mit welchen Frankreich bis jetzt den heil. Stuhl umgeben hat, durch andere Bedingungen materieller und moralischer Sicherheit zu ersetzen, welche nicht das nationale Gefühl der Italiener verletzen, noch einen schlagenden Verstoß (dérogation flagrante) gegen die Grundsätze sind, welche die Basis des öffentlichen Rechtes in Italien und in Frankreich bilden.

Wir werden uns glücklich schätzen, zu erfahren, daß Se. Maj. der Kaiser den Vorschlag annimmt, welchen wir seiner ernsthaften Betrachtnahme unterbreiten. Wenn dieses Projekt nicht darauf abzielt, unmittelbar die große Aufgabe der Beziehungen des heil. Stuhles zum Königreich Italien zu lösen, so erreicht es unserer Meinung nach ein praktischeres Ziel. Es bietet das einzige Mittel dar, um allmälig zu einer Lösung der römischen Frage zu gelangen durch den langsamen, unfehlbaren Triumph jener moralischen Kräfte, welche das italienische Parlament in seinen Abstimmungen angerufen hat, d. h. durch die fortschreitende Anwendung der Grundlage des Rechtes und der religiösen Freiheit. Genehmigen Sie ꝛc. Visconti Venosta.

3) Der Ritter Nigra, Minister von Italien in Paris, an den Ritter Visconti Venosta, Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Paris, 15. Sept. 1864.

Herr Minister! Ich habe die Ehre, Ew. Exc. beifolgend das Original der Uebereinkunft bezüglich der Aufhörung der Besetzung des päpstlichen Gebietes durch die französischen Truppen zu schicken, welche heute um drei Uhr im kaiserl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten durch Hrn. Drouyn de Lhuys, den Marquis Pepoli und durch mich unterzeichnet worden ist.

Ich werde kurz die Unterhandlungen zusammenfassen, welche diesem Akt vorhergegangen sind.

Wenige Tage vor dem Tode des Grafen Cavour ist die Rede von dem Projekt eines Vertrages zwischen Italien und Frankreich gewesen, der im Wesentlichen enthielt:

Daß Frankreich seine Truppen aus Italien abberufe. Daß Italien sich verpflichtet, das gegenwärtige päpstliche Gebiet nicht anzugreifen, jeden äußern Angriff gegen dieses Gebiet selbst mit Gewalt zu verhindern. Daß die italienische Regierung sich jeden Einspruch gegen die Organisirung einer päpstlichen Armee, bestehend aus einer bestimmten Anzahl von Soldaten, untersage. Diese Armee wird selbst aus Freiwilligen von katholischen Ausländern gebildet werden. Daß Italien sich bereit erklärt, in Unterhandlung zu treten, um einen verhältnißmäßigen Antheil der Staatsschuld der frühern päpstlichen Staaten auf sich zu nehmen.

Der Tod des Grafen Cavour unterbrach diese ersten Unterhandlungen.

Die Verwaltungen, die diesem erlauchten Staatsmann nachfolgten, haben sämmtlich Versuche gemacht, um die Unterhandlungen in diesem Sinn wieder aufzunehmen; aber die kaiserl. Regierung glaubte nicht, daß der geeignete Augenblick bereits gekommen sei.

Da diese Phase der Unterhandlungen in Folge der Veröffentlichung aller darauf bezüglichen Aktenstücke und in Folge der Verhandlungen, zu welchen sie im italienischen Parlament Veranlassung gegeben hat, hinreichend bekannt ist, wäre es unnöthig, dieselbe hier wiederzugeben.

Am 9. Juli 1863 haben Ew. Excellenz, die damalige Verhandlung des Parlaments als Veranlassung benützend, eine Depesche an mich gerichtet, worin Sie verlangten, daß die Unterhandlungen wieder bei dem Punkte aufgenommen werden, wo Graf Cavour sie gelassen hatte, und daß dieselben auf den Grundsatz der Nichteinmischung gestützt werden. Ew. Excellenz erklärten, daß die Regierung des Königs bereit sei, die Verpflichtung zu übernehmen, daß keine regelmäßige oder unregelmäßige Gewalt das päpstliche Gebiet überfallen werde.

Diese Depesche bildet den Ausgangspunkt der letzten Phase der Unterhandlungen, welche so eben zum Ziel geführt haben. Ich habe dem Hrn. Drouyn de Lhuys am 16. desselben Monats Mittheilung davon gemacht.

Die politische Lage hatte sich gebessert, aber sie war in der Meinung der französischen Regierung noch nicht gut genug, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu gestatten. Es mußte somit abermals gewartet und der Termin für ein besseres Gelingen vorbereitet werden.

Erst im verflossenen Juni antwortete Hr. Drouyn de Lhuys in amtlicher Weise auf meine wiederholten Vorstellungen (instances successives), die ihm zu machen ich beauftragt gewesen. Er richtete an den Frhrn. v. Malaret eine Depesche, welche Ew. Excellenz vorgelesen wurde.

Durch eine Depesche vom 17. desselben Monats nahmen Ew. Excellenz, indem Sie mir den Inhalt der Mittheilung des Frhrn. v. Malaret bekannt gaben, Akt von der günstigern Gesinnung der französischen Regierung, und sendeten mir dann den Entwurf eines Artikels, welcher im Wesentlichen dem alten Projekt des Grafen Cavour entsprach. Ew. Excellenz kündigten mir zu derselben Zeit an, daß Sie, die Gegenwart des Marchese Pepoli in Paris benützend, diesen gebeten haben, seine Anstrengungen mit den meinigen zu vereinigen und mündlich die Vorschläge zu vervollständigen, welche die Regierung des Königs der französischen Regierung zukommen zu lassen wünsche.

Marchese Pepoli und ich haben der französischen Regierung den Vertragsentwurf vorgelegt; wir haben zu verschiedenen Malen die Gründe auseinandergesetzt und entwickelt, mit welchen die Regierung des Königs ihre Vorschläge unterstützt hat. Der kaiserl. Minister antwortete, indem er versicherte, daß die französische Regierung stets gewünscht habe, ihre Truppen aus Rom zurückziehen zu können, daß sie dieselben aber in der That nicht eher zurückziehen könnte, als bis die Regierung des Königs Bürgschaften angeboten habe, welche geeignet sind, den heil. Stuhl gegen jeden Versuch eines Ueberfalls vollkommen sicher zu stellen.

In der Meinung der französischen Regierung mußte das Versprechen der italienischen Regierung, das päpstliche Gebiet weder anzugreifen noch angreifen zu lassen, durch eine thatsächliche Bürgschaft ergänzt werden, welche geeignet wäre, der katholischen Meinung das Vertrauen einzuflößen, daß die vorgeschlagene Uebereinkunft auch wirksam sein werde. Bei der Prüfung der Bürgschaften dieser Gattung hatten die italienischen Unterhändler die ausdrückliche Weisung bekommen, jede Bedingung zu verwerfen, welche den Rechten der Nation zuwider ist (de rejeter toute condition, qui eût été contraire aux droits de la nation). Es konnte somit weder die Rede von einer Entsagung der nationalen Bestrebungen, noch von einer Gesammtbürgschaft der katholischen Mächte, noch von der Besetzung eines Punktes des römischen Staatsgebiets durch die französischen Truppen als Pfand der Vollziehung unserer Versprechungen die Rede sein.

Für uns ist die römische Frage eine moralische, welche wir durch moralische Kräfte zu sichern suchten. Wir nahmen also ernstlich und mit Ehrlichkeit die Pflicht auf uns, keine gewaltsamen Mittel zu gebrauchen, welche eine Frage dieser Art nicht lösen würden. Aber wir können uns nicht versagen, auf die Kräfte der Zivilisation und des Fortschrittes zu rechnen, um zur Versöhnung des Papstthums mit Italien zu gelangen, einer Versöhnung, welche die französische Einmischung nur erschwert und in die Ferne rückt.

Die französische Regierung, obgleich sie den Werth dieser Betrachtungen anerkennt, erklärt auf's neue, daß es ihr unmöglich sei, den Entwurf anzunehmen, wenn derselbe nicht durch irgend eine thatsächliche Bürgschaft begleitet werden würde. Es geschah damals, daß Marchese Pepoli, die innere Lage Italiens in Bezug auf die römische Frage darlegend, dem Kaiser sagte, daß, abgesehen von der Frage, um die es sich gegenwärtig handelt, und aus politisch strategischen und administrativen Gründen, die Regierung sich mit der Möglichkeitsfrage beschäftigt, den Sitz der Regierung von Turin nach einer andern Stadt des Königreichs zu verlegen. So lange die römische Frage in einer Periode der Ungewißheit ohne Annäherung zu einer Lösung schwebe, so unterbreche diese Ungewißheit selber das Stadium der Möglichkeit einer solchen Maßregel. Daß aber, wenn die Uebereinkunft zu Stande käme, er sicher sei, daß die Regierung gerade in Betrachtnahme der innern politischen Lage, wie sie durch den Vertrag geschaffen wurde, die Absicht habe, dem König zu diesem Entschlusse zu rathen, indem die Nothwendigkeit eines wirksameren Einflusses (action plus efficace) auf alle Theile des Landes und selbst unsere Stellung zu Rom sich zu den strategischen Gründen gesellen würden, um ihn zu empfehlen. Es schien dem Kaiser, daß dieser Entschluß, einmal gefaßt, den Zweck, den man vor Augen habe, erreichen würde. Se. Majestät, indem Sie von dem Versuch der Verlegung des Regierungssitzes sprachen, sagten, daß, wenn das der Gedanke der Regierung des Königs ist, wenn das der Wunsch der italienischen Nation ist, viele Schwierigkeiten, die uns in dieser wichtigen römischen Frage trennten, beseitigt wären.

Ich bemerkte, daß die Verlegung des Regierungssitzes bedenkliche Unzulässigkeiten (graves inconveniences) habe und daß man nicht ohne Gefahr den Schwerpunkt der Regierung plötzlich verrücken könne, ihn aus einer Mitte, aus einem Element zu reißen, die wesentlich gouvernemental fest und sicher sind, daß selbst die materiellen Schwierigkeiten der Ausführung dieses Projektes zahlreich und groß wären, daß in allen Fällen diese Maßregel eine beträchtliche Zeit fordern würde, um die Verletzung der örtlichen Interessen zu vermeiden und weniger empfindlich zu machen. Ich fügte hinzu, daß wir das Verständigungsprojekt nur ad referendum annehmen könnten, wenn man es von der Bedingung der Verrückung des Regierungssitzes abhängig mache. Wir bestanden überdies darauf, damit die französische Regierung außerhalb dieser Thatsache, die besonders als eine Frage der innern Ordnung zu betrachten sei, den Entwurf einfach annehme. Aber die französische Regierung blieb bei ihrer bereits dem Marchese Pepoli gegebenen Antwort und erklärte, daß, falls die Regierung des Königs sich entschließe, den Regierungssitz anderweitig zu verlegen, der sofortigen Unterzeichnung der Uebereinkunft kein Hinderniß entgegenstehe.

Der Marchese Pepoli reiste nach Turin und legte die Angelegenheit der Regierung vor.

Damit die Regierung des Königs einen Entschluß fassen könne, war es nothwendig, den Zeitraum festzusetzen, in welchem die französische Besetzung aufhören solle. Die kaiserl. Regierung erklärte, dieser Termin könne nicht weniger als zwei Jahre betragen. Die Anstrengungen der italienischen Unterhändler, um diesen Zeitraum kürzer zu machen, sind ohne Ergebniß geblieben.

Da die Regierung nach reiflicher Erwägung beschlossen hatte, die Uebereinkunft mit der Klausel der Regierungsverlegung anzunehmen, wurden Marchese Pepoli und ich beauftragt, diesen Akt abzuschließen, und man versah uns zu diesem Behuf mit der nöthigen Vollmacht.

Marchese Pepoli kam den 13. in Paris an, den 14. wurde die Redaktion des Artikels festgesetzt, und heute den 15. wurde die Uebereinkunft unterzeichnet.

Art. 1 ist so beibehalten worden, wie er im Projekt des Grafen Cavour enthalten war.

Art. 2 enthält die Verbindlichkeit Frankreichs, seine Truppen aus den päpstlichen Staaten allmälig und in dem Maße zurückzuziehen, als die päpstliche Armee organisirt sein wird; aber der letzte Termin der Räumung ist auf 2 Jahre anberaumt.

Art. 3 ist so, wie ihn der Entwurf des Grafen Cavour gab, mit der einzigen Ausnahme, daß, statt die Zahl der Streitkräfte zu bestimmen, welche die päpstliche Armee bilden soll, man übereingekommen ist, daß diese Streitkräfte nicht ein Angriffsmittel gegen die italienische Regierung bilden dürfen. Außerdem wurden die Worte „die Ruhe der Grenze" hinzugefügt, um die Verpflichtung der päpstlichen Regierung anzudeuten, daß sie ihre Grenze nicht zu einem Zufluchtsort für das Räuberwesen darf werden lassen.

Auch Art. 4 ist ähnlich dem Entwurf des Grafen Cavour.

Was nun die Klausel der Verlegung betrifft, so konnte dieselbe nach der Ansicht der Regierung des Königs keinen integrirenden Theil der Konvention bilden; man kam daher überein, sie in einem getrennten Protokoll niederzulegen, dessen Original Ew. Exc. ebenfalls hier anliegend finden wird. Durch Anwendung dieser Form hat man darthun wollen, daß eine derartige Maßregel für uns ein wesentlich der innern Politik angehöriges Faktum sei, welches mit der Konvention nur dadurch Gemeinschaft haben konnte, daß es eine neue Lage schuf, in welcher Frankreich eine Garantie erblickte, die ihm die Rückberufung seiner Truppen erlaubte, und zugleich ein Unterpfand, daß Italien auf die Anwendung gewaltsamer Mittel zur Okkupation Roms verzichte.

Ausdrücklich wurde in unsern Konferenzen mit dem französischen Bevollmächtigten bemerkt, daß die Konvention nicht mehr noch weniger bedeuten solle und könne, als was sie sage; das heißt, daß durch die Konvention Italien sich verpflichte, auf jedes gewaltsame Mittel zu verzichten. Ebenso haben wir erklärt, daß diese Konvention aus dem Prinzip der Nichtintervention folge, derart, daß die künftige Politik Italiens bezüglich Roms darin bestehe, das Prinzip der Nichtintervention zu beobachten und beobachten zu lassen und alle Mittel moralischer Art anzuwenden, um die Versöhnung zwischen Italien und dem Papstthum zu erreichen auf der durch den Grafen Cavour ausgesprochenen Grundlage der freien Kirche im freien Staat.

Solchergestalt wurden diese langen und schwierigen Verhandlungen abgeschlossen, welche fortwährend die Männer beschäftigt haben, die sich seit der Konstituirung des Königreichs bis heute im Rath des Königs gefolgt sind. Betrachtet man die heutige politische Lage, den Stand der öffentlichen Meinung in Frankreich und dem katholischen Europa, vergegenwärtigt man sich die Stärke der durch die römische Frage angeregten Leidenschaften und die Schwierigkeiten, welche sie in Italien hervorgerufen hat, sei es in der innern Politik, sei es in seinen internationalen Beziehungen, namentlich mit Frankreich, so ist es klar, daß die Regierung des Königs die schwerste Verantwortung vor der Nation und der Geschichte auf sich geladen, wenn sie eine Vereinbarung nicht geschlossen hätte, deren Endzweck das Ende der französischen Okkupation ist, und die von uns nichts fordert, als den gewaltsamen Mitteln zu entsagen, die schon durch das Parlament ausgeschlossen worden sind.

Genehmigen Sie ꝛc. (Gez.) Nigra.

Turin, 24. Okt. Man schreibt der „Köln. Ztg.": Lassen Sie mich damit beginnen, Ihnen zu sagen, daß die heutige Sitzung der Deputirtenkammer ohne Ruhestörung vor sich gegangen ist. Die Italiener haben ihren guten Sinn abermals bewährt und die Turiner ebenfalls bewiesen, wie sehr sie die Ereignisse vom 22. Sept. bedauern. Das Interesse des Publikums ist außerordentlich lebhaft. Obgleich man wußte, die heutige Sitzung werde im Grund nichts Merkwürdiges bieten, waren doch alle Tribünen gefüllt. In der Diplomatenloge machte sich Frhr. v. Malaret bemerkbar. Die Deputirten sind zahlreich versammelt: die HH. Minghetti, Peruzzi, Visconti Venosta, Mitglieder des letzten Ministeriums, die HH. Spaventa und Borromeo, Generalsekretäre im frühern Ministerium, die einflußreichen Deputirten Ricasoli und Rattazzi waren alle auf ihren Bänken. Man hat bemerkt, daß Ricasoli und Lamarmora sich ziemlich lange mit einander unterhalten haben. Die Mittheilung der von den Ministern auf den Tisch niedergelegten Aktenstücke ist ohne irgend ein Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens aufgenommen worden. Das Parlament hat auf den Antrag von drei, verschiedenen Gruppen angehörigen Deputirten beschlossen, daß über die Turiner Ereignisse vom 21. und 22. Sept. eine Untersuchung angestellt werden solle. Diese Untersuchung ist einem aus 9 Mitgliedern zusammengesetzten Ausschuß anvertraut. Die Ernennung des Ausschusses ist nach kurzer Verhandlung dem Präsidenten der Kammer anheimgestellt worden. Auch der Dringlichkeitsantrag der Verlegung der Hauptstadt ward angenommen, und die Kammer wird sich gleich morgen in ihren Bureaus mit dem betreffenden Gesetzentwurf befassen. Auf Verlangen Petrucelli's werden die Berichte der Militärkommission, welche Florenz aus strategischen Rücksichten empfiehlt, ebenfalls veröffentlicht werden, insoweit sich diese Bekanntmachung mit dem Interesse des Staates verträgt. Diese erste Sitzung ist

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

somit gut vorübergegangen, doch kann es später noch zu sehr heftigen Reden kommen. Das Schlußergebniß wird allerdings dem Vertrag günstig sein. In Folge der Verhandlungen in den Bureaus und der Arbeiten in den verschiedenen Kommissionen werden die Sitzungen bis auf Weiteres vertagt werden; vielleicht wird die Pause eine Woche dauern. Die dem Parlament mitgetheilten Aktenstücke werden einen guten Eindruck machen. Besonderer Beifall wird der Depesche Nigra's ertheilt, die in einfacher Weise, welche an die Cavour'sche Schule erinnert, erzählt, wie die Dinge sich zugetragen haben.

Turin, 27. Okt. (W. K.-B.) Ueber die „venetianischen Insurgenten" zirkuliren widersprechende Angaben. Die „Opinione" meint, daß sie nichts vermögen (sont impuissants). — Die heute ausgegebene Nummer des „Diritto" ist wegen Veröffentlichung einer zur Unterstützung der „venetianischen Insurrektion" einladenden Proklamation des Hrn. Cairoli mit Beschlag belegt worden.

Frankreich.

♂ **Paris,** 27. Okt. Ueber die Reise des Kaisers erfährt man, daß er inmitten eines furchtbaren Regens in Lyon anlangte, welches er heute Morgen 8 Uhr verließ. Auch in Nizza herrscht seit einigen Tagen die abscheulichste Witterung. Morgen, Freitag, sehen sich die beiden Kaiser. Samstag Morgen begibt sich der Kaiser Napoleon nach Toulon, wo er die Flotte inspizirt; auf Montag wird er in St. Cloud zurückerwartet. Kaiser Alexander verläßt Nizza Sonntag Morgen, um sich direkt nach Kehl zu begeben. — Wir bemerkten gestern nach der „France", daß Hr. v. Bismarck im Lauf des Dienstags zweimal vom Kaiser empfangen worden sei. Dies ist nicht richtig. Hr. v. Bismarck traf Dienstag Morgen so ermüdet in Paris ein, daß er sich zu Bett legen mußte. Erst Abends 5 Uhr hatte er eine halbstündige Audienz bei Sr. Majestät.

Trotz den dem „Temps" ertheilten Dementis ist von durchgreifenden Modifikationen im Finanzministerium die Rede, welches, wie unter dem ersten Kaiserreich, in ein Ministère du trésor und in ein Finanzministerium zerfallen soll. Diese Kombination würde, was auch der „Constitutionnel" Gegentheiliges behaupte, die gestern erwähnte Caisse gén. des travaux publics, d. i. eine Anleihe bringen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Behic, und Hr. v. Persigny sind diesem Projekt gewogen, und auch Hr. Fould soll ihm nicht abgeneigt sein.

Die Bankbilanz ist günstig. Der Metallvorrath hat sich um 18½ Millionen vermehrt, während die Wechselbestände um 30 und die Banknoten-Zirkulation um 20½ Mill. abnahmen. Nichtsdestoweniger scheiterte auch heute ein Haussevesuch. Rente bleibt 64.55 nach 64.80, Cred. mob. 875 nach 890, ital. Anl. 65.30 nach 65.60.

Paris, 28. Okt. (Sch. M.) Der „Moniteur" meldet, daß der Kaiser gestern Abend in Nizza angekommen ist.

* **Nizza,** 26. Okt. Heute hat der Kaiser Alexander dem Jäger-Gardebataillon, das in Nizza den Ehrendienst versieht, ein Banket geben lassen. Se. Majestät ließ sich durch seinen Adjutanten, den Prinzen Wittgenstein, vertreten, der mit dem Bataillonschef, Graf Geslin, Toaste zu Ehren der beiderseitigen Majestäten austauschte. Die Soldaten brachten verschiedene Hochrufe aus; die Kaserne war illuminirt. Morgen wird der Kaiser über die französischen und russischen Fahrzeuge auf der Rhede von Villafranca eine Revue abhalten. Das Evolutionsgeschwader wird erwartet. Die Stadt wird JJ. Majestäten eine Serenade bringen lassen, sobald der Regen aufgehört haben wird. Die Kaiserin ist in der Stadt spazieren gegangen und trotz des schlechten Wetters auf den Schloßberg gestiegen.

Nizza, 27. Okt. (W. K.-B.) Der Kaiser Napoleon ist auf heute Abend 8 Uhr hier erwartet. Der General Sonnaz ist eingetroffen, um die beiden Kaiser im Namen des Königs von Italien willkommen zu heißen. Den König der Belgier erwartet man auf 6 Uhr.

Spanien.

Madrid, 27. Okt. (W. K.-B.) Die „Noticias" melden, daß im Finanzministerium eine Versammlung von Kapitalisten stattfand. Der Minister appellirte an die Vaterlandsliebe der Anwesenden, um eine Anleihe von 600 Mill. Realen zu Stande zu bringen; die auszugebenden Scheine wären zu bezeichnen als Zahlung für Nationalgüter oder als Ausgabe von Bank-Hypothekarscheinen. Die Versammlung trennte sich, ohne einen Entschluß zu fassen.

Rußland und Polen.

Am 6. d. M. wurde in **Kiew** der ehemalige Friedensrichter Karl v. Rudzki, 52 Jahre alt, wegen Hochverraths kriegsrechtlich erschossen. Gleichzeitig erlitten dieselbe Strafe zwei russische Soldaten, der eine wegen Desertion und Betheiligung am Aufstande, der andere, weil er sich an seinem Obersten thätlich vergangen hatte.

Großbritannien.

* **London,** 26. Okt. Die Königin hat ihren Aufenthalt in den Hochlanden noch um einige Tage zu verlängern beschlossen. Statt gegen Schluß dieser Woche schon nach Windsor zurückzukehren, wird sie ihre Abreise von Balmoral wahrscheinlich erst am Montag der kommenden Woche antreten. — Der Prinz und die Prinzessin von Wales nebst Gefolge werden am Sonntag in Antwerpen erwartet, und beabsichtigen, sich Tags darauf nach Woolwich einzuschiffen. — Dem von der Newcastler Handelskammer gegebenen Beispiel folgend, hat die Handelskammer von Manchester eine außerordentliche Sitzung abgehalten, um das Verhältniß des Bezirks zu dem Zollverein und dem französisch-preußischen Handelsvertrag ins Auge zu fassen. Wie in Newcastle, so erschien auch in Manchester, von Earl Russell beauftragt, Hr. Ward, der brittische Geschäftsträger in Hamburg, vor der Versammlung, und setzte seine Ansichten in Betreff des neuen Zollvereins-Tarifs und der Chance fernerer Reduktionen auseinander. Ohne Resolutionen zu fassen, schloß die Sitzung mit Dankesworten für Hrn. Ward und Earl Russell.

Afrika.

Tunis, 18. Okt. (Allg. Ztg.) Endlich kann ich Ihnen genauere Mittheilungen über den von Achmed Zaruk den Insurgenten gegenüber gewonnenen Sieg machen. Schon seit längerer Zeit war zwischen den verschiedenen Stämmen der Westküste Uneinigkeit, und hatten die immerwährenden Kämpfe den größten Theil dieser Stämme zu Gunsten des Bey gestimmt. Von dieser Uneinigkeit begünstigt, stürmte das von Achmed Zaruk befehligte Lager das Städtchen Cala Shira, und nachdem er dasselbe eingenommen und besetzt, plünderten die siegreichen Soldaten des Bey Alles, was nur arabisch da war. (Die wenigen europäischen Besitzungen wurden geschont.) Achmed Zaruk schlug sein Generalquartier in Cala Shira auf. Dieser Sieg über die Insurgenten hat die ganze Sachlage geändert. Von Siegern sind die Insurgenten plötzlich zu Besiegten geworden, und die Finanzen gewannen ungeheuer, die geplünderten Kassen gar nicht zu rechnen, welche, wie es scheint, bedeutenden Silbervorrath enthielten. Vorgestern Abend zogen 50 Wägen mit, den Arabern weggenommenen Waffen und 700 Pferden triumphirend in Tunis ein. Durch diese eine Waffenthat kann man die Revolution so ziemlich als unterdrückt betrachten.

Baden.

Mannheim, 27. Okt. (Mnnh. J.) Heute fand im Saale des hiesigen Bezirksamtes die erste Sitzung des Bezirksrathes statt, und war solcher aus den Beamten des großh. Bezirksamts, HH. Stadtdirektor v. Stengel, Amtmännern Dr. Pfeiffer und Leitz und den Bezirksräthen Ph. Artaria, Ch. H. Diffené, F. v. Engelberg, C. H. Hoff und F. Reiß von hier, M. Bohrmann I. von Feudenheim, Graf v. Oberndorff von Neckarhausen, G. Scola von Ladenburg und L. Stempel von Käferthal gebildet. Hr. Stadtdirektor v. Stengel begrüßte als Vorsitzender die Anwesenden, indem er die Hoffnung aussprach, daß sie noch recht häufig zusammenkommen und ihre Arbeiten von bestem Erfolg für den Bezirk sein würden. Zufolge der in Bezug auf die Dienstordnung des Bezirksraths geschehenen Besprechungen wurden die letzten Dienstage jeden Monats als Sitzungstage bestimmt und die HH. Bohrmann, Graf v. Oberndorff, Scola und Stempel, als für das nächste Jahr austretend, ausgeloost. Die heute zur Verhandlung gekommenen Fälle waren die Entschädigungsansprüche des ersten kathol. Hauptlehrers in Ladenburg wegen gewisser, zu den als Besoldungskompetenz zu benützenden 5 Morgen Land zu errichtenden Räumlichkeiten, dann die Verbringung eines wegen wiederholten Diebstahls und Arbeitsscheu als unverbesserlich erkannten jungen Mannes von Ladenburg in die polizeiliche Landes-Verwahrungsanstalt.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 27. Okt. (Sch. M.) In der Uniformirung unseres Militärs stehen eben so geschmackvolle als zweckmäßige Aenderungen bevor. Statt der seitherigen Grundfarbe werden die Generale und Adjutanten des Königs schwarz, die Linie wird dunkelblaue Waffenröcke und dunkelgraue Beinkleider tragen, die Epauletten werden wegfallen, die Gradabzeichnung wird ähnlich der österreichischen eingerichtet, und die Kopfbedeckung wesentlich erleichtert werden. Mit dem 1. Januar wird die neue Uniform von den Generalen und Adjutanten des Königs, vom 1. März künftigen Jahres an darf sie von den übrigen Offizieren angelegt, die alten Uniformen dürfen bis 1. September 1865 ausgetragen werden.

— Isny, 26. Okt. Jetzt erst, drei Tage nach der entsetzlichen Katastrophe, gestatten die immer noch lodernden Trümmer einen ungehemmten Ueberblick über die gräßliche Feuersbrunst vom 23., an welchem die Evangelischen das jährliche Ernte-Dankfest zu begehen die Absicht hatten. Die Zahl der völlig eingeäscherten Gebäude beträgt ein Neuntel von den Hauptgebäuden, nämlich 38, und ein Fünftel von den Nebengebäuden, nämlich 47, zusammen ein Siebentel aller Häuser, nämlich 85, ungezählt 2 theilweise abgebrannte Wohnungen. Obdachlos wurden 59 Haushaltungen mit 241 Köpfen, darunter 3 Schullehrer-Familien mit 15 Kindern. An Wirthschaften sind 5 niedergebrannt und eine stark beschädigt. In Thätigkeit waren 23 auswärtige Rettungsmannschaften mit 30 Feuerspritzen, einschließlich der hiesigen. Kempten hatte Feuerwehr und 40 Mann Militär, Lindau 36 Pompiers gesendet. Das Feuer brach am 23. kurz nach 1 Uhr Nachts muthmaßlich in einer Scheuer aus und erhielt einerseits durch die Bauart der Städel (im Styl des Berner Oberlandes mit Schienendächern), andererseits durch die großen Futtervorräthe eine leider nur zu reichliche Nahrung; es raste mit solcher Schnelligkeit nach allen Seiten, daß binnen 2 Stunden nahezu 270,000 Quadratschuh Bodenfläche mit einem Feuerstrom übergossen waren. Eine Gebärende und 2 weitere Wöchnerinnen mußten geflüchtet werden; Einige retteten kaum das nackte Leben, Viele wenig von den werthvollsten Haushaltungsgegenständen, Alle zusammen aber nicht einen Halm von den großen Futtervorräthen für's Vieh.

— Leipzig, 24. Okt. (A. Z.) Heute Vormittag halb 9 Uhr wurde die zweite Sitzung des allgemeinen deutschen Arbeitertags eröffnet. Zum Abschluß der gestern so unangenehm unterbrochenen Debatte über Freizügigkeit hatte Sonnemann aus Frankfurt den Antrag gestellt: „Der Vereinstag erklärt: es sei Pflicht der Arbeitervereine, durch alle ihnen zu Gebot stehenden Mittel auf baldige Herstellung der freien gewerblichen Niederlassung in allen deutschen Staaten hinzuwirken; der Vereinstag empfiehlt zu diesem Zweck in erster Linie Petitionen an die Regierungen, an die Kammern und an die Gemeindebehörden." Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen. Sodann berichtete Lachmann aus Offenbach über Konsumvereine, namentlich über die nach einem neuen System begründeten Marken-Konsumvereine. Lange aus Duisburg empfahl bei Gründung und Leitung solcher Vereine die Beiseitelassung alles Doktrinarismus, und dagegen das richtige Anfassen der Dinge, die Wahl richtiger Persönlichkeiten für die Leitung, das liebevolle Eingehen in die Ansichten, ja Vorurtheile und Irrthümer der Arbeiter. Sonnemann aus Frankfurt empfahl in kleinen Städten zuerst Ladenvereine, in größeren Städten gleich Markenvereine zu gründen, sodann aber gemeinschaftliche Einkaufsstellen für die Konsumvereine größerer Städte oder ganzer Bezirke (Gauverbände) zu errichten, wie es z. B. in Berlin schon mit gutem Erfolg angebahnt ist.

Auf den Antrag Hirzel's aus Fürth beschloß die Versammlung: es mögen durch den Zentralausschuß auf dem nächsten Arbeitertag eingehendere Mittheilungen über die Konsumvereine gemacht und den neu eintretenden Vereinen in dieser Richtung Rathschläge ertheilt werden. Hierauf berichtete Rabius aus Chemnitz über die Produktivgenossenschaften, welche er als die sicherste Grundlage der Hebung des Arbeiterstandes in materieller wie geistiger Beziehung bezeichnete. Max Wirth aus Frankfurt warnte vor aller Verallgemeinerung bei der Lösung sozialer Fragen und empfahl die stete genaue Beachtung der speziellen Bedürfnisse. Schneider aus Potsdam, Sekretär der (Schulze-Delitzsch'schen) „Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften", warnte ebenfalls vor rücksichtsloser Verallgemeinerung und speziell vor unvorsichtiger Gründung von Produktivgenossenschaften, die in der Regel mit zu geringem Betriebskapital anfangen, empfahl die Volksbanken und speziell die allgemeine deutsche Genossenschaftsbank als besonders hilfreich für die Produktivgenossenschaften, und erklärte, daß er einem allgemeinen Vorschlag auf Empfehlung der Produktivgenossenschaften nicht beitreten könne. Hier wurde, als der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden, die Sitzung abermals durch die gestern so unangenehm störende Partei unterbrochen; der Präsident forderte die Ruhestörer auf, den Saal zu verlassen. Pause.

Als nach Beseitigung der Störung die Sitzung wieder fortgesetzt wurde, berichtete zunächst Max Wirth über Mittel und Erfahrungen bei Produktivgenossenschaften für Maschinenbau, und stellte dann folgenden Antrag: „In Erwägung, daß 1) Produktivgenossenschaften ein vorzügliches Mittel sind, Arbeiter zur Unabhängigkeit emporzubringen, 2) daß jedoch dieselben sich nicht für alle Berufszweige eignen, und nur unter der Voraussetzung gewisser geschäftlicher Erfahrungen und hoher sittlicher Eigenschaften der Theilnehmer ausführbar sind, 3) daß endlich, als Uebergang zur Produktivgenossenschaft, für viele Berufszweige die gemeinschaftliche Benützung von Menschen- und Triebkräften, als am leichtesten durchführbar, sehr zu empfehlen ist, erklärt der Vereinstag: Die Bildung von Produktivgenossenschaften ist, wo es die örtlichen, finanziellen und persönlichen Verhältnisse gestatten, den Arbeitern anzurathen; die gemachten Erfahrungen sind dem ständigen Ausschuß ausführlich und regelmäßig mitzutheilen, und durch denselben allen Vereinen zugänglich zu machen." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso folgender Antrag von Rabius und Lachmann: „1) Daß in Betreff der Konsumvereine weder dem Marken- noch dem Ladensystem ein bestimmter Vorzug gegeben werden könne, sondern daß die örtlichen Verhältnisse über das eine oder andere oder über eine Kombination beider Systeme entscheiden müssen; 2) daß die Vereinigung der in einem Ort oder einer Provinz befindlichen Konsumvereine zu gemeinschaftlichem Einkauf, zur Besprechung gemeinschaftlicher Angelegenheiten und zur Erzielung gemeinschaftlicher Maßnahmen wünschenswerth ist."

Man ging nun zum Thema der Arbeiterwohnungen über. Der Berichterstatter Bredehorst aus Bremen verwies im Wesentlichen auf seinen Bericht, welcher der Versammlung gedruckt vorlag, und namentlich auch im Hinblick auf die glücklichen Verhältnisse Bremens, wo auf je 100 Häuser nur 168 Haushaltungen kommen*), die Errichtung von Einzelwohnungen und eigener kleiner Wohnungen für die Arbeiter befürwortete. Architekt Dr. Mothes von hier tadelte die bisherigen Arbeiterwohnungen hauptsächlich wegen ihrer physischen und moralischen Ungesundheit, und bezeichnete als höchst wünschenswerth, daß es den Arbeitern möglich gemacht werde, durch allmälige Abzahlungen neben dem Miethzins sich nach und nach in den eigenthümlichen Besitz des von ihnen bewohnten Hauses zu setzen. Dr. Hirsch aus Magdeburg hielt Häuserbau-Genossenschaften für wünschenswerth, den Erwerb eines eigenen Hauses aber durchaus nicht für ein großes Glück für den Arbeiter, weil es denselben an die Scholle feßle (z. B. in Schlesien); darum sei die nöthigste Forderung nicht sowohl eigene, als vielmehr gesunde und billige Arbeiterwohnungen. Prof. B. A. Huber aus Wernigerode glaubte, die jetzige Kasernirung werde noch lange fortdauern, und hält es deßhalb für wünschenswerth, vor allen Dingen erst gute Kasernen zu schaffen. Uebrigens aber möchten die englischen Baugenossenschaften als Muster dienen. Max Wirth lobte ebenfalls diese Genossenschaften, deren Mitglieder nur mit kleinen Aktien zusammentreten, ähnlich wie unsere Vorschußvereine, nur ohne gegenseitige Solidarität. Dr. Heine von hier, der bekannte großartige Bauunternehmer, sprach in trefflichster Weise über die ihm aus tausendfachen Erfahrungen wohlbekannten Arbeiterwohnungs-Verhältnisse und legte in überzeugendster Weise dar, daß schließlich alle Besserung auch in dieser Beziehung nur durch größere wirthschaftliche Bildung des Volks erzielt werden könne.

Hierauf wurde folgender Antrag von Bredehorst angenommen: „Daß zur Abhilfe der Wohnungsnoth der arbeitenden Klassen vor Allem dahin zu streben sei: 1) daß das Bauhandwerk vollständig frei gegeben und der Arbeiterstand dadurch in den Stand gesetzt werde, sich selbst zu helfen; 2) daß Freizügigkeit durch ganz Deutschland eingeführt und dadurch der Zuzug von Bauarbeitern überall erleichtert werde; 3) daß die Bauordnungen revidirt und die Erschwerungen des Baues kleiner billiger Wohnungen daraus entfernt werden; 4) daß gute Hypothekengesetze erlassen und die Aufnahme von Geldern auf kleine Häuser erleichtert werde." Die Sitzung wurde darauf vertagt, damit die Mitglieder Gelegenheit haben sollten, einer freundlichen Einladung des Dr. Heine zu folgen, und mittelst eines ihnen zur Verfügung gestellten Dampfboots nach dem nahen Plagwitz zur Besichtigung der großen Heine'schen Arbeiten und Unternehmungen zu fahren. Heute Abend Schlußsitzung.

— In Berlin ging am 26. d. der Prozeß Grothe (Gregy) zu Ende. Louis Grothe, seine Mutter Quinche, und die Fischer wurden zum Tod verurtheilt; der der Hehlerei angeklagte Roßkamm wurde freigesprochen.

*) In Berlin kommen auf je 100 bewohnte Häuser 960, in Dresden 650, in Leipzig 640 Haushaltungen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

27. Okt.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 4,52'''	+10,5	S.W.	ganz bew.	trüb, leicht. Rgn.
Mittags 2 „	„ 5,87'''	+12,0	„	„ „	„ mild
Nachts 9 „	„ 5,73''	+ 8,0	„	schw. „	heiter, frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag 29. Okt. **1. Abonnementskonzert des großherzogl. Hoforchesters im Museumssaale;** für das Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 30. Okt. 4. Quartal. 118. Abonnementsvorstellung. **Euryanthe;** große romantische Oper in 3 Akten, von C. M. v. Weber.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.o.886. Nr. 19,686. Karlsruhe.

Ernennung eines Auditors.

Durch den Uebertritt des Garnisons-Auditors Böckh dahier in den Civildienst ist eine Auditorsstelle in Erledigung gekommen. Die Bewerber um solche haben sich längstens bis zum 14. November bei dem Kriegsministerium zu melden.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1864.

Kriegsministerium.
Ludwig.

Z.o.841. St. Georgen.

Offene Arztstelle.

In St. Georgen, Amts Villingen, welches 1500 Einwohner zählt, ist die Stelle eines prakt. Arztes in Erledigung gekommen.

Einem tüchtigen Arzt, der zur Ausübung der innern Heilkunde, sowie der Chirurgie ermächtigt ist, wird für Behandlung von nur wenigen Ortsarmen ein jährliches Aversum von 100 fl., nebst 2 Klaftern Holz, zugesichert, mit dem Beifügen, daß ein tüchtiger Arzt um so mehr ein gutes Auskommen finden würde, indem mehrere umliegende Ortschaften, von circa 6000 Einwohnern, seiner Dienste bedürfen.

Der Eintritt kann sogleich geschehen.

St. Georgen, den 24. Oktober 1864.

Der Gemeinderath.
Braun, Bgmstr.

Z.o.878. Sinsheim.

Erledigte Försterstelle.

Bei dem Freiherrlich von Degenfeld'schen Condominate Ehrstädt, Neubauß und Eulenhof ist die Stelle eines Försters in Erledigung gekommen und soll solche auf 1. März k. J. anderweit mit einem, mit dem Forst- und Jagdwesen vertrauten Manne wieder besetzt werden.

Die Bewerber um diesen Dienst, welche hinsichtlich des damit verbundenen Einkommens und der Vertragsbedingungen dahier nähere Auskunft erhalten können, haben ihre Gesuche, mit Zeugnissen über Befähigung, gutes Betragen und seitherige Dienstleistung versehen, binnen 14 Tagen anher einzureichen.

Sinsheim, den 27. Oktober 1864.

Freih. von Degenfeld'sches Rentamt.
Fleischmann.

Commisstelle-Gesuch.

Z.o.821. Ein junger Mann, welcher seine Lehre in einem größeren Manufakturwaaren-Geschäft bestanden, und in demselben Hause noch ½ Jahr als Commis thätig war, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stelle in einem Bankgeschäft oder auf einem Comptoir. Derselbe ist sowohl der englischen als auch der französischen Sprache mächtig. Gefällige Offerten befördert die Expedition dieses Blattes.

Z.o.884. Nr. 5508. Karlsruhe.

Vergebung von Hochbau-Arbeiten.

Zur Erweiterung des hiesigen Eisenbahn-Hauptgebäudes sollen die Bauarbeiten für Herstellung eines Anbaues, welche

1)	für Abbrucharbeit zu	175 fl. 34 kr.
2)	„ Grabarbeit zu	10 fl. — kr.
3)	„ Maurerarbeit zu	2099 fl. 12 kr.
4)	„ Steinhauerarbeit zu	424 fl. 45 kr.
5)	„ Zimmerarbeit zu	937 fl. 50 kr.
6)	„ Schreinerarbeit zu	766 fl. 46 kr.
7)	„ Glaserarbeit zu	128 fl. 54 kr.
8)	„ Schlosserarbeit zu	218 fl. 48 kr.
9)	„ Blechnerarbeit zu	242 fl. 10 kr.
10)	„ Anstreicherarbeit zu	91 fl. 21 kr.
11)	„ Tapezierarbeit zu	67 fl. 56 kr.
12)	„ Schieferdeckerarbeit zu	542 fl. 7 kr.
	im Ganzen zu	5705 fl. 23 kr.

veranschlagt sind, an einen Uebernehmer im Soumissionswege vergeben werden.

Die Angebote sind, versiegelt, längstens bis zum 5. November d. J., Vormittags 10 Uhr, auf dem technischen Bureau der unterzeichneten Stelle, wo die Voranschläge und Baupläne eingesehen werden können, abzugeben.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1864.

Großh. bad. Eisenbahnamt.

Der Vorstand: Burg. Der Bezirksingenieur: Bischoff. vdt. Bernlacher.

Z.o.827. Karlsruhe.

Beleuchtungsmaterial-Lieferung.

Die Lieferung des für das Jahr 1865 erforderlichen Beleuchtungsmaterials, und zwar von:

	Talg-Lichtern. Pfund.	Gereinigtem Lampenöl. Maß.
für die Garnison Karlsruhe	482	5,025
„ „ „ Mannheim	124	1,857
„ „ „ Schwetzingen	11	160
„ „ „ Bruchsal	48	860
„ „ „ Rastatt	135	1,510
„ „ „ Kehl	20	600
„ „ „ Freiburg	165	1,060
„ „ „ Konstanz	65	770
für das Montirungskommissariat Ettlingen	—	38
zusammen	1,050	11,880

wird

Mittwoch den 9. November 1864, Vormittags 10 Uhr,

im Soumissionswege in Akkord gegeben werden.

Die Lieferungsbedingungen liegen bei sämmtlichen Garnisonskommandantschaften, bei dem Montirungskommissariat und dem unterzeichneten Sekretariat zur Einsichtsnahme auf.

Die Soumittenten, welche die Lieferung einzelner Orte oder des gesammten Quantums übernehmen wollen, haben ihre Angebote schriftlich, mit deutlicher Bezeichnung des Preises für ein Pfund Lichter und eine Maß Oel und des Namens der Garnison versehen, bis zu oben genanntem Zeitpunkt mit der Aufschrift

„Lichter-(Oel-)Lieferung"

portofrei an das großh. Kriegsministerium einzusenden, oder in die hier aufgestellte Soumissionslade einzulegen.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1864.

Sekretariat des großh. Kriegsministeriums.
Fischer.

Z.o.877. Karlsruhe.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiermit anzuzeigen, daß er auf hiesigem Platze ein **Kommissions-Geschäft** gegründet und bereits eröffnet hat.

Das **Kommissionslager** bietet zunächst ein vollständiges Assortiment von:

Lausanner und französischen Chocoladen

der anerkannt besten Fabriken; **chinesischen Thee's** in verschiedenen Qualitäten; **mexican. Vanille, eingemachten, glacirten** und **candirten Südfrüchten, echt französischen** und **holländischen Liqueuren** ꝛc., und wird mit dem Bemerken zum Besuche höflichst eingeladen, daß von oben genannten Artikeln auch kleine Quantitäten zu äußerst billig gestellten, aber festen Preisen abgegeben werden.

Louis Lauer,
Akademiestraße Nr. 12.

Z.o.881. Karlsruhe.

Mech. Hanfspinnerei & Weberei Emmendingen.

Die Dividende für das Verwaltungsjahr 1863/1864 wurde laut Beschluß der Generalversammlung auf 20 fl. festgesetzt und kann dieselbe gegen Abgabe des Dividenden-Coupons Nr. 6 von heute ab an unserer Kasse in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1864.

G. Müller & Conf.

Z.o.845. Nr. 1412. Karlsruhe.

Gewehre-Versteigerung.

In dem Vorzimmer der großh. Gewehrkammer dahier (Hofbibliotheksbau, unterer Stock) werden

Mittwoch den 9. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
13 Stück gut erhaltene Doppelflinten und
1 Doppelbüchse

öffentlich versteigert.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1864.

Großh. Hofdomänen-Intendanz.
F. von Ketner.
Dahlinger.

Z.o.882. Nr. 211. Rastatt.

Lieferung.

Für diesseitige Verwaltung sind pro 1865 folgende Materialien erforderlich:

Circa 1,600 Maß gereinigtes Lampenöl,
„ 11 Pfund Lampendochte,
„ 70 Pfund Unschlittlichter, 6er,
„ 120 „ Stearinlichter, 5er,
„ 30 Ries Konzeptpapier,
„ 72 Schreibbücher,
„ 1,300 Schreibfedern,
„ 75 Maß Tinte,
„ 150 Pfund Streusand und
„ 900 Reisigbesen.

Donnerstag den 10. November d. J., Vormittags 10 Uhr, findet deren Verakkordirung im Soumissionswege auf diesseitigem Bureau statt; wozu die Uebernahmslustigen ihre schriftlichen Angebote versiegelt einreichen wollen.

Die Lieferungsbedingungen können inzwischen täglich eingesehen werden.

Rastatt, den 24. Oktober 1864.

Festungs-Wachverwaltung.
Wolf.

Z.o.874. Nr. 224. St. Blasien. (Holzversteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenwaldungen werden unter Bewilligung einer halbjährigen Borgfrist folgende Hölzer loosweise öffentlich versteigert,

Dienstag den 8. November d. J.,

aus den Distrikten Gefällhalde, Kuhkopf und Klusenwald:

2561 tannene Säg- und Spaltklötze, 1 buchener Sägklotz, 13 tannene Bauholzstämme, 12 Klafter tannenes Scheit- und Prügelholz, 9' lang, und 2890 Stück tannene Wellen;

aus dem Distrikt Götzberg:

18 tannene Sägklötze, 2½ Klafter tannenes Scheit- und Prügelholz, 9' lang, und 6000 Stück gemischte Wellen;

Mittwoch den 9. November d. J.,

aus den Distrikten Eschen und Kapellenkopf:

5210 tannene Säg- und Spaltklötze;

aus dem Distrikt Unterhabsberg:

20 tannene Sägklötze, 182 tannene und 27 birkene Stangen, 2 Klafter tannene Rebstecken, 10' lang, und 677 Stück tannene Wellen.

Die Versteigerung findet am ersten Tage im Gasthaus zu St. Blasien, am zweiten Tage im Wirthshaus zu Aha statt, und beginnt jedesmal Morgens 9 Uhr.

St. Blasien, den 25. Oktober 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei Wolfsboden.
Krutina.

Z.n.744. Nr. 6213. Waldkirch. (Warnung.) Dem Johann Hoch, Güllenbauer von Oberglotterthal, sind am 1. Oktober d. J. die Zinscoupons zu den 4proz. badischen Eisenbahn-Obligationen von 1862 Lit. A. à 1000 fl. Nr. 2680, 2681. Lit. B. à 500 fl. Nr. 2604, 2605, 11,987, 11,988. Lit. C. à 200 fl. Nr. 1049, 1050, 1051, 3091, 3092, 11,702, 11,703, 11,704, 11,705, auf 1. Oktober d. J. fällig, in Verlust gerathen und werden deßhalb mit Zahlungssperre belegt; was hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Waldkirch, den 27. Oktober 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Helmle.
vdt. L. Zehringer.

Z.n.754. Nr. 1748. Karlsruhe. (Urtheil.) J. S. der Konditor Ernst Graf Ehefrau, Sophie, geb. Sierowalka, in Karlsruhe, gegen ihren Ehemann, Vermögensabsonderung betr. Wird auf gepflogene Verhandlungen zu Recht erkannt: „Die Klägerin wird für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes gerichtlich absondern zu lassen, und dasselbe in eigene Verwaltung zu nehmen. Der beklagte Theil hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

V. R. W.

So geschehen, Karlsruhe, den 24. Oktober 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Vincenti.

V.111. Nr. 14,826. Rastatt. (Bekanntmachung.) In das Firmenregister wurde heute eingetragen: die Firma Berthold Hitscherich in Rastatt, Inhaber einer Spezereihandlung.

Ehevertrag mit Therese Hitscherich vom 7. Oktober d. J. mit Ausschluß der Gemeinschaft und Einwerfung von je 100 fl. in die Gemeinschaft.

Rastatt, den 24. Oktober 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Z.n.737. Nr. 5353. Achern. (Verschollenheitserklärung.) Martin Bernhard, Friederika, Dionys und Barbara Bühler von Gamshurst seien für verschollen zu erklären, und die nächsten Verwandten berechtigt, deren Vermögen in fürsorglichen Besitz zu nehmen. Achern, den 25. Oktober 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Himmel.

Z.o.867. Nr. 10,374. Schwetzingen. (Schuldenliquidation.) Der ledige Friedrich Michael Zahn von Hockenheim will auswandern. Forderungen sind am Mittwoch den 16. November, Vormittags 10 Uhr, hier anzumelden. Schwetzingen, den 26. Oktober 1864. Großh. bad. Bezirksamt. Waag.

Z.o.880. Nr. 7648. Eppingen. (Schuldenliquidation.) Schuster Andreas Weinröther von hier will mit seiner Familie nach Amerika auswandern.

Etwaige Ansprüche sind am

Mittwoch den 2. November,
Vormittags 8 Uhr,

dahier anzumelden.

Eppingen, den 25. Oktober 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.
vdt. Keyner.

Z.n.742. Malsch. (Erbvorladung.) Louise Kästner, Ehefrau des Emil Schmolk von Lahr, ist zur Erbschaft auf Ableben ihrer Tante, Ottilie Kästner, ledig, von Mörsch, mitberufen.

Da ihr Aufenthaltsort — sie hat sich vor einiger Zeit nach Nordamerika begeben — unbekannt ist, so wird dieselbe auf Antrag ihrer Miterben aufgefordert, sich

binnen 3 Monaten, von heute an,

um so gewisser zur Empfangnahme der ihr nach oben anerfallenen Erbschaft zu melden, als dieselbe sonst lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn die Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Obige Aufforderung ergeht auch an die etwaigen Erben oder Rechtsfolger der Vorgeladenen.

Malsch, den 17. Oktober 1864.

Der großh. Notar
Idler.

Z.n.751. Nr. 14,881. Rastatt. (Aufforderung.) Der 65 Jahre alte, ledige Schlosser Josef Weigel von hier, welcher eines in der Kirche dahier verübten Diebstahls angeschuldigt ist, wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

zu stellen; indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß werde gefällt werden.

Rastatt, den 26. Oktober 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.

Z.n.750. Nr. 13,115. Ueberlingen. (Gefundener Leichnam.) Am 21. d. M. wurde in einem Walde auf der Gemarkung Owingen ein männlicher Leichnam, an einem Baum hängend, gefunden. Nach dem Grade der Verwesung war die Leiche schon mehrere Monate den Einflüssen der Luft und der Witterung ausgesetzt. Nach der Farbe der Haare und dem Zustande der Kopfnähte mag der Verlebte im mittleren Alter gestanden haben. Er war 5½ Fuß groß, hatte lange, bräunliche Haupt- und dunkle Barthaare, war bekleidet mit einem schwarzen Tuchrocke, grauschwarzen, quergestreiften Buckskinhosen, rother Weste von gewirktem Stoffe mit schwarzemaillirten Knöpfen, grobleinenem Hemd und Socken und geflickten rindsledernen Stiefeln, deren Sohlen stark mit Nägeln beschlagen sind. In einer Tasche befand sich ein blauschwarzes seidenes Halstuch und ein Taschenmesser mit Feuerstahl, einer geraden und einer gebogenen Klinge. In dem Hemde, und ebenso in einem rothen geblümten baumwollenen Taschentuche war das Zeichen J. S. eingenäht.

Wir bitten um Mittheilung der persönlichen Verhältnisse des Entseelten.

Ueberlingen, den 25. Oktober 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Winnefeld.

Z.n.745. Nr. 11,428. Lahr. (Aufforderung und Fahndung.) August Herrmann von Ottenheim, Soldat beim 2. Infanterieregiment König von Preußen, wird wegen Desertion zur Fahndung ausgeschrieben und zugleich aufgefordert, sich binnen 4 Wochen hier oder bei dem großh. Kommando seines Regiments oder der großh. Garnisonskommandantschaft Freiburg, bei welcher er wegen Betrugs und Unterschlagung in Untersuchung steht, zu stellen, widrigens er in eine Geldstrafe von 1200 fl. verfällt und seines Staatsbürgerrechts verlustig erklärt werden soll vorbehaltlich seiner persönlichen Bestrafung auf Betreten. Zugleich wird ihm eröffnet, daß sein Vermögen einstweilen in Beschlag genommen worden. Lahr, den 24. Oktober 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Beck.

Z.o.843. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. November d. J. beginnt der Winterdienst auf den Großh. Eisenbahnen nach dem anliegenden Fahrplane.

Die näheren Angaben über die Verbindungen mit andern Transportanstalten sind aus den ausführlichen auf den Stationen ausgehängten Fahrplänen zu ersehen.

Karlsruhe, 26. Oktober 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Schneider.

Frankfurt, 27. Oktbr. 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	4% Obligation.	99½ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94⅞ G.
„	5% do. 1852 i. Lst.	76⅞ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101 1/7 P.
„	5% do. 1859 „ „	76½ P.	„	4½% do.	101¾ P.
„	5% do. 1864 „ „	73½ P.	„	4% do.	93¼ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	90¼ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	— —	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	65⅛ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	92 G.
„	5% Met.-Obligat.	57¼ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	— —
„	5% do. 1852 C. b. R.	57¼ G.	„	4% do. à 105 fr. b. E.	— —
„	4½% Met.-Oblig.	51⅛ P	Frankf.	3½% Obligation.	92½ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105⅜ G.	„	3% do.	— —
„	4½% do.	101 P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	83⅝ G.
„	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	87½ P.
„	3½% Staatssch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	101 P.	„	2¼% Schuld	40½ bez.
„	4½% ½jährig	101¾ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 fr.	99¾ G.
„	4% 1jährig	98⅛ P.	Schwd.	4½% Obligation.	93¼ P.
„	4% ½jährig	99 P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93⅜ G.
„	4% Ablös.-Rente	98⅛ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	101 P.
„	3½%	— —	„	4½% Bern. St.-O.	101 P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104 G.	„	4% do.	— —
„	4% do.	102½ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	— —
„	3½% do.	96 G.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	— —
Baden	4% Obligation.	99½ G.	„	6% do. r. 1881	— —
„	3½% do. v. 1842	91¼ P.	„	6% do. r. 1882	45 bez. G
G.Hess.	5% Obligation.	101⅛ P.	„	5% do. r. 1871	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138 G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96½ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	774 P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49½ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	172½ bG	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	49¼ P.
5% Pfbbr. d. österr. Cred.-A.	87 P.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	73⅛ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76 P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	210½ P.	5% do. neueste Emiss. 6/7	71¼ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	97 P.	5% Bäh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	78⅜ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	97⅛ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84⅝ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% Schweiz. C. P. b. R. à 28 kr.	100½ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	328 P.	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	100¼ P.
3½% Frankf. Han. Eisnb.-A.	— —	5% Oest. Ald. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
5% Oesterr. Staats-Eisnb.-A.	— —	5% „ „ 2. „ „ „	97⅜ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111½ G.	4½% Ldwb.-Berb. Pr.-Obl.	— —
5⅚% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68¾ P.	4% „ „ „	95¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn	24⅞ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99¾ P.
4% Ldwb.-Berb. Eisenbahn	148¼ G.	5% Ital. R 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Neustadt-Dürkheimer	95¾ P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	247½ P.
4½% Pf. Max-Eb.-A. b. R.	104 P.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	108¼ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	108¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	150 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	— —	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Providenk. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	128½ P.
„ 250 fl. „ 1854	73½ P.
„ 100 fl. Pr L 1858	125 bez.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	78⅛ bG.
„ 100 fl. v. 1864	83⅝ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9½ G.
Bad. 50 fl.-Loose	— —
„ 35 fl.-„	51¾ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¼ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	130¾ bz.
„ 25 fl. „ „	37¼ P.
Nass. 25 fl.-L. b. R.	36⅛ P.
Sard. 36 Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45 Fr.-L. b. R.	— —
2½ Lstt. Pr. O. b. G.	— —
3% Bordeaux 100 Fr	— —
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	100½ G.
Antwerpen	„	94 G
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 B.
Bremen	„	96¾ B.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	8⅞ B.
Leipzig	„	105 B.
London	„	119⅜ B.
Maild. i. Fr. 200	„	93¾ B.
München	„	100 B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	t. S.	99⅛ B.
Disconto		5½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41	-42
Preuß. Frd'or.	„	9 55	-56
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½	-49½
Rand-Ducat.	„	5 32	-33
20-Frankenst.	„	9 26	-27
Engl. Sover.	„	11 51	-55
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	807	-812
b-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	15-45
Preuß. Cassch.	„	1 44¾	-45
Doll. in Gold	„	2 26½	-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.